

Pressemitteilung

Unternehmensverband: Es geht um unsere Steuern

Kurz vor der Bundestagswahl ist das Thema „Steuern“ wieder eines der meist diskutierten. „Ohne unsere parteipolitische Neutralität zu verletzen, müssen wir in der Öffentlichkeit auf die Steuer-Erhöhlungspläne einiger Parteien für die nächste Legislaturperiode und die Folgen für die Wirtschaft in unserer Region hinweisen“, erklärt Werner Süß, Vorstandsvorsitzender des Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön. „Vor vier Jahren wurde uns ein einfaches und gerechtes Steuersystem versprochen – und vor allem niedrigere Steuern. Passiert ist so gut wie nichts“, beklagt Süß.

Der Verband weist darauf hin, dass insbesondere die gute Konjunktur und die damit verbundenen Gewinne vieler Unternehmen verbunden mit einer Zunahme der sozialpflichtig Beschäftigten zu Steuereinnahmen und Rücklagen bei der Sozialversicherung geführt haben, die noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ähnlich hoch waren. Nach der Steuerschätzung soll das Steueraufkommen im laufenden Jahr auf 615 Milliarden Euro wachsen. Der Bund plant, ab 2015 ohne Neuverschuldung auszukommen, was durchaus zu begrüßen sei.

„Vor diesem Hintergrund ist es vollkommen verständlich, wie einige der zur Bundestagswahl stehenden Parteien weiteren Erhöhungen der Einkommensteuer für sogenannte Gutverdienende und einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer das Wort reden können“, führt Werner Süß weiter aus. Die Wirtschaft sei genug belastet. Es gehe aber nicht nur um die dem Bund zustehenden Steuern. Viele Kommunen haben die Grundsteuer erhöht, das Land lange bei der Grunderwerbssteuer kräftig zu. „Zusätzlich belasten die explodierenden Energiekosten viele unserer Unternehmen. Die Umlagen für die Betriebe zählen aber nicht zu den staatlichen Abgaben, weil sie nach dem EEG vom Netzbetreiber eingezogen werden. Der Staat treibt aber die Preise in Form von Steuern auf Strom und Sprit zusätzlich kräftig in die Höhe.“ Süß führt weiter aus, dass nicht die Arbeitnehmer Lohn- und Kirchensteuer und Sozialabgaben an das Finanzamt bzw. die Sozialversicherungen überweisen, sondern die Arbeitgeber. Der damit verbundene Verwaltungsaufwand koste die Wirtschaft viel Geld, das der Staat einsparen könne. Nur Selbstständige müssen sich um die rechtzeitige Bezahlung ihrer Einkommen- und Umsatzsteuern, sowie der Versicherungsbeiträge selbst kümmern. Bei Fehlern oder Verspätung drohen kräftige Sanktionen.

„Wenn mit unseren Steuergeldern vernünftig umgegangen wird und damit die notwendigen Ausgaben für Infrastruktur, Sicherheit und soziale Leistungen bestritten werden, ist bestimmt jeder bereit, zu zahlen“, erklärt Werner Süß. „Jede weitere Erhöhung der Abgabenlast gefährdet aber das Erreichte, insbesondere die erfreulich hohe Zahl an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Die Wirtschaft wünscht sich vernünftige Planungen, die dazu führen, mit den erzielten Einnahmen die notwendigen Ausgaben auch bestreiten zu können. Den Parteien schreiben wir ins Stammbuch: Der Staat soll sich verhalten wie jeder Unternehmer, der mit seinen Einkünften klarkommen muß.“